

Bereich Trinkwasser und sanitäre Anlagen mit ein.

Die erste UN-Wasserkonferenz von 1977 in Mar del Plata schlug daher vor, das kommende Jahrzehnt zur internationalen Dekade für Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen zu erklären. Der Vorschlag wurde im November 1980 in einer Resolution der Uno-Generalversammlung in die Tat umgesetzt. In der Folge wurden durchaus Fortschritte erzielt, doch blieb das angestrebte Ziel universaler Trinkwasserversorgung wegen des anhaltend hohen Bevölkerungswachstums und der einseitig auf technische Lösungen fixierten Vorgehensweise in vielen Teilen der Welt ein Wunschtraum. Die 80er Jahre wurden so, auch was den Zugang zu Trinkwasser und sanitären Anlagen betraf, für die Armen des Südens zu einem «verlorenen Jahrzehnt».

Dublin 1992: zukunftssträchtige Prinzipien?

Die Misserfolge der 80er Jahre machten deutlich, dass nicht nur mehr, sondern auch koordiniertere Anstrengungen und komplexere Ansätze nötig waren, um die Trinkwasserproblematik in den Griff zu bekommen. Die 1992 im Vorfeld des Umweltgipfels in Rio de Janeiro veranstaltete internationale Wasser- und Umweltkonferenz in Dublin legte erstmals vier allgemeine Prinzipien

vor, nach denen der Umgang mit Wasser künftig gestaltet werden sollte.

Die Prinzipien umfassten nicht nur ein Bekenntnis zu einem ganzheitlicheren Ansatz für das Wassermanagement, welcher soziale und ökologische Aspekte mitberücksichtigt, sondern auch ein Plädoyer für den Einbezug aller Betroffenen – insbesondere der Frauen – in die Planung von Wassererschliessungsprojekten und ins Wassermanagement. Das vierte Prinzip hielt überdies fest, dass Wasser in allen seinen Nutzungsarten einen ökonomischen Wert habe und daher als ökonomisches Gut anerkannt werden müsse.

Dahinter stand die Überlegung, dass sich die Übernutzung bzw. Verschwendung von Wasser am besten eindämmen liesse, wenn die Nutzer auch einen angemessenen Preis für die Ressource bezahlen mussten. Gemünzt war das vierte Dublin-Prinzip vermutlich primär auf die grossen Wasserverschwender in Landwirtschaft und Industrie. Doch wie sich rasch zeigen sollte, machte die «Ökonomisierung» der Wasser-Diskussion auch vor dem Trinkwassersektor nicht Halt.

90er Jahre: von der Ökologie zur Ökonomie

Die an der Konferenz von Rio verabschiedete «Agenda 21» übernahm die Dublin-Prinzipien, einschliesslich der Aussage,



Wasserpolitische Forderungen von Helvetas

Wasserprojekte gehören zu den Schwerpunkten der Helvetas Arbeit. Dabei befasst sich Helvetas neben der praktischen Tätigkeit vor Ort auch mit Fragen einer nachhaltigen und gerechten Wasserpolitik. Auf internationaler Ebene unterstützt sie die Verabschiedung einer internationalen Wasserkonvention, national und regional nimmt sie als Vertreterin der armen und benachteiligten Bevölkerungsschichten am Wasser-Dialog teil. Die wichtigsten Forderungen von Helvetas an eine «Good Water Governance» im Trinkwasser- und sanitären Bereich sind:

Wasser ist ein Menschenrecht.

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser muss von den Vereinten Nationen als Menschenrecht deklariert und in einem entsprechenden Völkerrechtsvertrag, einer Wasserkonvention, festgeschrieben werden.

Grundversorgung sicherstellen – Verschwendung verhindern.

Die jeweiligen Landesregierungen müssen den Zugang zu einer Basismenge von 50 Litern sauberen Wassers pro Person und Tag zu einem erschwinglichen Preis ermöglichen. Für Wasserbezüge über 50 Liter sollen die Nutzer die vollen Gestehungskosten bezahlen, damit die Verschwendung von zu billigem Wasser verhindert wird.

Wasser gehört allen.

Wasser ist ein natürliches Monopol und bildet ein soziales und kulturelles Gut. Es darf nicht zur privaten Handelsware und einer Quelle des Profits werden. Die internationalen Finanzinstitutionen (IWF und Weltbank) müssen Abstand nehmen von ihrer Wasserkonditionalität; sie dürfen keinen Druck auf Südpolitiken ausüben, ihre Wasserversorgungen zu privatisieren, um an Kredite zu kommen.

Wasser braucht Demokratie.

Eine gerechte und nachhaltige Wasserpolitik setzt voraus, dass die Wassernutzerinnen und -nutzer über ihre Inhalte mitbestimmen können. Die Regierungen in den Ländern des Südens müssen dafür sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen in die Ausarbeitung ihrer Wasserpolitik einbezogen werden.

